## Pressemitteilung

## Neue Wohnraumbedarfsanalyse bestätigt Bürgerinitiativen

Das Bündnis der Bürgerinitiativen zum Flächennutzungsplan (BBiGL) sieht sich nach Vorlage der Wohnraumbedarfsanalyse voll bestätigt. Die umfassende Untersuchung ist in der letzten Woche vom Institut Empirica, Berlin, im Auftrag der Kreissparkasse veröffentlicht worden.

Die Analyse ist eine Ohrfeige für die Politik der Stadt. Die Bürgerinitiativen haben die Pläne der Stadtverwaltung schon immer für völlig überzogen gehalten. Das wird nun durch die Zahlen sehr klar verdeutlicht.

Im in der Analyse angenommenen "Trendszenario" liegt die Nettoausweisung von Wohnflächen noch unter dem aktuellen Entwurf des Flächennutzungsplanes, obwohl ein hoher Anteil Ein- und Zweifamilienhäuser (mehr als 50 %) angenommen werden, bei denen ein höherer Bauflächenbedarf besteht. Wenn aber, so die Bürgerinitiativen, eine mögliche Bebauung von industriellen Brachflächen und eine Innenstadtverdichtung vorangetrieben würde, würde nur noch die Hälfte der von der Stadt beabsichtigten Flächenumwidmungen zu Bauland benötigt. Eine solche Verdichtung sei in der Lage, den tatsächlichen Bedarf von jungen Familien und Singlehaushalten nach finanzierbarem Wohnraum zu befriedigen.

Die Analyse bestätigt im übrigen auch die Zuwachsszenarien bei der Bevölkerung, indem sie die offiziellen Zahlen des Statistischen Landesamts NRW verwendet und auf offenbar von Bauträgern und Immobilienmaklern beeinflusste Phantasien verzichtet. Dabei berücksichtigt sie auch die Altersstruktur der Stadt und den in den nächsten Jahren freiwerdenden Wohnraum. Die derzeitige Bautätigkeit reicht nach den vorgelegten Zahlen völlig aus, um den Wohnbedarf zu befriedigen.

Eines unterstreicht die Analyse aber unmissverständlich: Die Stadt hat es in der Hand zu entscheiden, welche Zukunft sie haben soll. Will sie Expansion um jeden Preis, wird sie Naturflächen zerstören. Die Analyse von Empirica zeigt, dass dies nicht sein muss, selbst wenn man moderate Wachstumsraten zugrundelegt.

BBi-GL, Bündnis der Bürgerinitiativen zum Flächennutzungsplan